

A-1-218-2

Antragsteller*innen: Kreisverband Warendorf

Gegenstand: A-1 NEUES GRÜN BRAUCHT DAS LAND (Aktuelle politische Lage)

ÄNDERUNGSANTRAG A-1-218-2

1 Beschlussvorschlag:

2 Der Satz "Der Landesvorstand macht bis Ende 2018 Vorschläge, wie die Listenaufstellun-
3 gen und Vorstandswahlen in diesem Sinne gestaltet werden können." wird gestrichen.

4 Eingefügt wird: "Dafür erscheint es sinnvoll, das Konzept der Rotation auf maßvolle Wei-
5 se neu zu nutzen, etwa indem durch Satzungsänderungen die parlamentarische Arbeit
6 von Abgeordneten auf drei Legislaturperioden beschränkt und gleichzeitig eine ständi-
7 ge Erneuerung der Fraktion durch die Quotierung von Parlamentsneulingen gewährleistet
8 wird. Dies kann erreicht werden, indem nur Kandidat*innen für die Listenaufstellungen,
9 sowohl für Landtags-, als auch für Bundestagswahlen, zugelassen werden, die den jewei-
10 ligen Parlamenten in maximal zwei Legislaturperioden angehört haben. Außerdem kann
11 festgelegt werden, dass mindestens jeder dritte Listenplatz mit einer Kandidat*in besetzt
12 werden muss, die dem jeweiligen Parlament noch nicht angehört haben.

13 Der Landesvorstand wird beauftragt, entsprechende Vorschläge zu Satzungsänderungen
14 den Gliederungen so rechtzeitig vorzulegen, dass diese in den Kreis- und Ortsverbänden
15 vor der beschlussfassenden LDK ausreichend diskutiert werden können."

16 Antrag entsprechend Beschluss der KMV vom 08. Juni 2017 in Warendorf.

17 Der Antragssteller wird der LDK in der mündlichen Begründung noch einen ergänzenden
18 Vorschlag machen, der erst nach der Kreismitgliederversammlung durch Rückkopplungen
19 entstanden, aber nicht Bestandteil des Beschlusses der KMV ist:

20 "Um Abgeordneten, denen die Partei eine besondere Bedeutung zuerkennt, eine parla-
21 mentarische Arbeit zu ermöglichen, die über drei Legislaturperioden hinausgeht, kann
22 diesen die LDK zur Listenaufstellung durch ein Zwei-Drittel-Votum die Kandidatur ermög-
23 lichen."

Begründung

Das Wesen der parlamentarischen Demokratie ist die Kontrolle der Regierungen durch Vertreter*innen des Volkes. Das die Abordnung von Frauen und Männern aus der Gesellschaft zur Wahrnehmung dieser Aufgabe eine Funktion auf Zeit ist, ergibt sich schon aus der Bezeichnung Abgeordnete*r und ist insgesamt unstrittig. Allerdings hat sich eine Schicht von Berufspolitiker*innen entwickelt, der es nicht durchgehend gelingt, den Kontakt zur Basis zu halten und die Bedürfnisse aller Teile der Gesellschaft in ihrer parlamentarischen Arbeit abzubilden. Das führt auf Dauer zu einer Entscheidungsfindung innerhalb einer Art „Echo-box“, bestehend aus Politiker*innen, Verbänden und Lobbyist*innen. Im Ergebnis wird die so entstehende Entscheider*innen-Klasse als Establishment mit fehlendem Bezug zur Bevölkerung wahrgenommen. Diese Wahrnehmung, auch der grünen Partei, durch das linke und grüne Milieu, zusammen durch Probleme in der Kommunikation, auch wenn diese teils zwangsläufig durch die Komplexität politischer Vorgänge entstehen, ist eine von mehreren Ursachen für das schlechte Wahlergebnis.

Die GRÜNEN haben in ihrer Anfangszeit dieses Problem erkannt und zunächst ein sehr scharfes Rotationsprinzip versucht, das sich aber nicht als sinnvoll erwies, weil die Parlamentarier*innen keine Chance hatten, ausreichend politische Erfahrungen zu sammeln, um diese sinnvoll einsetzen zu können. Als Konsequenz wurde die Rotation abgeschafft, was allerdings die beschriebene Problematik des Berufspolitiker*innentums nach sich zog. Der Kreisverband Warendorf schlägt der Landesdelegiertenkonferenz deshalb einen Mittelweg vor, der einerseits Abgeordneten einen ausreichenden Zeitraum bietet, um zu Gunsten der Gesellschaft wie auch der Partei eine kompetente parlamentarische Arbeit leisten zu können, andererseits aber auch eine permanente Erneuerung der Fraktion und damit eine enge Anbindung an die Basis gewährleisten soll.

Antragsteller*innen

Kreisverband Warendorf